

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

1 RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 805, KL. 2971, 2972, 2973, 2974

CHEFREDAKTEUR: WILHELM ADAMETZ - FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: DR. HELMUT JUNKER

19. Dezember 1967

Blatt 3861

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke =====

19. Dezember (FV) Am letzten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1968 behandelt. Stadträtin Dr. Maria Schaumayer führte in ihrem Referat aus:

1968 ist das zweite Wirtschaftsjahr, in dem die Parteienvereinbarung über die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Wiener Stadtwerke wirksam ist, die vorsieht, daß die Hoheitsverwaltung drei Jahre hindurch eine Kapitalaufstockung von je 400 Millionen Schilling bei den Wiener Stadtwerken vornimmt, wobei 150 Millionen Schilling als Bareinlage und 250 Millionen Schilling jährlich als Sacheinlage vorgesehen waren. Gelegentlich der Budgetverhandlungen wurde nun insoferne eine Änderung vereinbart, als es die Hoheitsverwaltung übernommen hat, die vorgesehenen 150 Millionen Schilling direkt als Zuschuß an die Verkehrsbetriebe zu leisten.

Hinsichtlich der von der Hoheitsverwaltung zu leistenden Sacheinlage von 250 Millionen Schilling ist vorgesehen, daß den Wiener Stadtwerken 1968 Aktien und Anleihen, sowie Grundstücke und Forderungsverzichte in etwa dieser Größenordnung übertragen werden. Die Parteienvereinbarung wird also erfüllt. Darüber hinaus hat es Vizebürgermeister Slavik übernommen, einige Prolongationen die Liquidität und damit auch die Investitionsmöglichkeiten der Stadtwerke zu verbessern.

./.

Möglichkeiten für Investitionen geringer

Wenn dennoch die freien Investitionen im Wirtschaftsplan 1968 um rund 54 Millionen Schilling oder fünf Prozent niedriger angesetzt werden mußten als 1967, so zeigt dies deutlich, daß die Wiener Stadtwerke weiter der Unterstützung bedürfen. Es wird auch deutlich, daß es im Gegensatz zur Hoheitsverwaltung keine Einnahmendynamik in dem Sinne gibt, daß von jedem im Personal- und Sachaufwand ausgegebenen Schilling ein Anteil direkt oder indirekt wieder in die Stadtkasse zurückfließt.

Auch bei den Tarifen haben die Stadtwerke derzeit einen engeren Spielraum. Ich brauche nur auf die den Gemeinderäten vorliegenden Erläuterungen der Generaldirektion der Stadtwerke zu verweisen, wonach lediglich bei der Bestattung eine Tarifänderung möglich erscheint.

Der Wirtschaftsplan 1968 rechnet mit Gesamtaufwendungen von 5,039,8 Millionen Schilling und Erträgen von 4.848,7 Millionen Schilling. Daraus resultiert ein präliminierter Jahresverlust von 191,1 Millionen Schilling, das sind 3,94 Prozent der Aufwendungen. Gegenüber 1967 zeigen die Erträge eine Steigerung um sechs Prozent und die Aufwendungen eine Zunahme um rund 7,5 Prozent. Hierbei ist allerdings zu beachten, daß in den Erträgen des Jahres 1968 der schon erläuterte Zuschuß der Hoheitsverwaltung von 150 Millionen Schilling enthalten ist. Von den Leistungserlösen sind die Beförderungsleistungen und die Nebenprodukte der Gaswerke gegenüber 1967 niedriger veranschlagt.

Bei den Aufwendungen sind die stärksten Steigerungen naturgemäß beim Personalaufwand zu verzeichnen. Trotz der Tatsache, daß der Personalstand der aktiven Bediensteten um rund 400 Personen niedriger angenommen ist als im Wirtschaftsplan 1967, ergibt sich eine Vermehrung des Personalaufwandes um fast 200 Millionen Schilling oder zehn Prozent gegenüber dem Ansatz für 1967. Die Lohntangente steigt von 40,17 Prozent im Wirtschaftsplan 1967 auf 41,13 Prozent im Wirtschaftsplan 1968. Aber auch Zinsen, sowie Abschreibungen und sonstige ordentliche Aufwendungen weisen Steigerungen auf, die teils aus der höheren Strom- und Gaserzeugung, teils mit Preis-

erhöhungen zu erklären sind.

Die Subventionen von Elektrizitätswerken und Gaswerken an die Verkehrsbetriebe bleiben 1968 in der Gesamtsumme von 165 Millionen Schilling unverändert gegenüber 1967. Intern allerdings wurden die Gaswerke entlastet: Statt 55 Millionen Schilling wie im heurigen Jahr entfallen auf sie 1968 nur 35 Millionen Schilling der Gesamtsubvention. Dies mit gutem Grunde, da ihre Kosten- und Ertragslage durch die von der Österreichischen Mineralölverwaltung bekanntgegebenen Änderungen der Erdgasanlieferung und -preise eine erhebliche Verschlechterung erfahren hat.

E-Werke an Atomkraftwerks-Planung beteiligt

Das Wirtschaftsjahr 1968 wird für die E-Werke durch zwei Faktoren charakterisiert werden. Einmal wird für die weitere Nutzung der eigenen Produktionsstätten der mit der Verbundgesellschaft geschlossene neue Koordinierungsvertrag wirksam. Mit diesem Vertragswerk ist es in denkwürdiger Weise gelungen, einen für beide Teile akzeptablen Interessenausgleich zu erzielen. Dabei ist auch die Entscheidungsfreiheit für künftige Investitionen gewahrt.

Zum zweiten wird es voraussichtlich zur Gründung einer Studien- und Planungsgesellschaft für ein Atomkraftwerk kommen, einer Gemeinschaftsgründung der Landesgesellschaften und der Verbundgesellschaft.

Auf Grund der Zunahme der angeschlossenen Zähler und des Umstandes, daß die Steigerungsquoten im Haushalt über dem Gesamtdurchschnitt liegen, erscheint die Annahme einer weiteren Steigerung des Stromverkaufes um fünf Prozent im Wirtschaftsjahr 1968 gerechtfertigt. Der Anteil des Fremdstrombezuges wird im Wirtschaftsplan 1968 mit 33,6 Prozent veranschlagt. Bei den in den Wiener Dampfkraftwerken erzeugten 63,5 Prozent zeigt sich auf Grund der neuen Blöcke eine erfreuliche Verbesserung des durchschnittlichen Wärmeverbrauches je erzeugter Kilowattstunde.

Die Aufwendungen werden dagegen ebenfalls um rund 153 Millionen Schilling steigen. Rund 50 Millionen Schilling oder ein Drittel dieser Steigerung liegt im Personal-sektor. Aber die starke Investitionstätigkeit bewirkt auch um 43 Millionen Schilling höhere Abschreibungen und die Anleiheoperationen verursachten ein Ansteigen der Aufwandszinsen. **Letzlich** sind die Materialpreissteigerungen und die auf 130 Millionen Schilling erhöhte Subvention an die Verkehrsbetriebe für die Aufwandsentwicklung verantwortlich.

Die Wiener Elektrizitätswerke rechnen mit einem unveränderten Personalstand von 3.835 Aktiven und 66 Lehrlingen, während bei den Pensionisten mit einer Zunahme gerechnet wird. Im Hinblick auf die gestiegene Stromerzeugung bedeutet eine unveränderte Zahl aktiver Bediensteter eine Produktivitätssteigerung.

Für 1968 planen die Elektrizitätswerke Investitionen mit einem Gesamtgelderfordernis von 600,29 Millionen Schilling, wovon 96,3 Millionen Schilling gesperrt sind. Der größte Anteil dieser Sperren, und zwar 67,8 Millionen Schilling, entfällt auf die Position Leitungsnetze. Die Investitionsvorhaben sind bei den E-Werken gegenüber 1967 um rund 83 Millionen Schilling niedriger veranschlagt. Den Hauptanteil im außerordentlichen Investitionsprogramm nimmt mit 142,5 Millionen Schilling der weitere Ausbau des Kraftwerkes Simmering ein. Im Zusammenhang mit der Ausweitung des Energiebedarfes muß aber auch der Ausbau der Umspannwerke und Verteilungsanlagen entsprechend fortgeführt werden. So dann werden sich die E-Werke auch jenem Problem zuwenden können, das ihnen heute noch Sorgen macht: nämlich der stärkeren Förderung des Nachtstromverkaufes.

Gaswerke wurden zum Sorgenkind

Die Gaswerke sind im letzten Jahr zu einem Sorgenkind geworden. Sie befinden sich temporär in einer ungünstigen Phase ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Einerseits machte die extrem milde Witterung der letzten beiden Jahre die Verkaufserwartungen zunichte und andererseits kommen die Gaswerke in die Schere eines Kostenauftriebes bei ihren

Produktionsfaktoren. Diese ungünstige Entwicklung manifestiert sich auch im Wirtschaftsplan 1968 mit der Annahme eines Verlustes von rund 3,2 Millionen Schilling. Wohl wurden die Erträge der Gaswerke um rund 37 Millionen Schilling höher angenommen als im Wirtschaftsplan 1967, doch zeigen die um 46 Millionen Schilling höheren Aufwendungen trotz der Verringerung der Subvention an die Verkehrsbetriebe die Kostenschere an. Wenn für 1968 mit einer Verkaufsmenge von 780 Millionen Kubikmeter Stadtgas - das entspricht einer Steigerung um rund 70 Millionen Kubikmeter oder 9,6 Prozent gegenüber dem Ergebnis 1966 - gerechnet wird, so ist diese Annahme zweifellos optimistisch. Gestützt wird sie jedoch durch die starke Zunahme der Zähleranschlüsse: Zwischen dem 1. Jänner 1967 und 30. November 1967 gab es einen Zuwachs von 12.326 Gaskunden. Von den gestellten Heizgasanträgen konnten im gleichen Zeitraum übrigens 91,2 Prozent positiv erledigt werden.

Die Produktivität der Gaswerke läßt gleichfalls nichts zu wünschen übrig. Sie erzeugen und verteilen von Jahr zu Jahr mehr Gas mit einer gleichbleibenden oder sogar sinkenden Zahl von Bediensteten. Um jedoch weitere Produktivitätssteigerungen zu erzielen, wären mehr Investitionsmittel nötig.

Weitblickende Maßnahmen zur Gasversorgung

Bekanntlich haben die Wiener Gaswerke zusammen mit den Landesferngasgesellschaften am 22. November die "Österreichische Erdgaswirtschafts.Ges.mbH" gegründet und die ÖMV als Produzentin heimischen Erdgases eingeladen, sich an der für Importzwecke gegründeten Dachgesellschaft zu beteiligen. Die Frage preiswerter, ausreichender und prompt verfügbarer Erdgasimporte ist für die Wiener Gaswerke von entscheidender Bedeutung. Nicht nur im Interesse der eigenen Wirtschaftslage, sondern vor allem um der Sicherheit der Versorgung unserer 770.000 Stadtgaskunden willen. Lassen Sie es nicht klar aussprechen: Wir begrüßen jede Bemühung, preiswerte Importe aus welcher Himmelsrichtung immer zustandezubringen, aber wir vertreten die Auffassung, daß die Interessen der Konsumenten

und Abnehmer dabei im Vordergrunde zu stehen haben.

Ich bedaure, daß die Hoffnung sich als trügerisch erwies, die Importfrage schon in diesem Jahre lösen zu können. Ich muß es aber auch klar aussprechen, daß dies nicht die Schuld der Wiener Gaswerke ist. Sie sind vielmehr ein Opfer dieser Entwicklung, da ihre Aufwandsseite durch teurer Substitutionsstoffe ungünstig beeinflusst wird. Außerdem möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß die Erdgasknappheit bedeutende Anforderungen an das technologische Geschick unserer Mitarbeiter stellt, um zu verhindern, daß aus der Erdgaskrise eine Stadtgaskrise wird.

Die Gaswerke planen für 1968 Investitionen von 237,3 Millionen Schilling. Von diesem Betrag sind 60,5 Millionen Schilling gesperrt. Allein auf dem Straßenrohrnetz liegen Sperren von 34,5 Millionen Schilling und ich kann nicht verhehlen, daß bei Aufr echterhaltung dieser Sperren die Versorgung neuer Wohnanlagen mit Gas in Frage gestellt sein könnte.

Unter den außerordentlichen Investitionen figuriert die Fertigstellung der Gasentgiftungsanlagen und des Schraubengasbehälters in Simmering. Die Gasentgiftung äußert sich deutlich in der verbesserten Unfallsstatistik. Am neuen Schraubengasbehälter, der derzeit mit Luft im Probetrieb steht, wird 1968 noch der Anstrich auszuführen sein. Mit der Inbetriebnahme ist Mitte nächsten Jahres zu rechnen. Weiters ist im Investitionsplan die Neuanschaffung eines Benzin-Lagerbehälters für 10.000 Kubikmeter vorgesehen, um der Erdgasknappheit durch Bevorratung bei Naphta Rechnung zu tragen. Die frei verfügbaren Geldmittel für Investitionen sind beim Gaswerk um rund acht Millionen Schilling niedriger veranschlagt als im Wirtschaftsplan 1967.

Verkehrsbetriebe: Erfolge durch Rationalisierung

Für die Verkehrsbetriebe wird 1968 ein Jubiläumsjahr. Am 8. Mai 1968 werden es 100 Jahre sein, daß die Konzessionserteilung der Gemeinde Wien an die Wiener Tramwaygesellschaft erfolgte. Das Jubiläum soll mit einem Festzug und einer Ausstellung im Technischen Museum würdig begangen werden.

./.

Unser Amtsblatt wird dem Ereignis eine Festnummer widmen und ein Kalender trägt dem Jubiläumsjahr Rechnung. Sohin wird auch die Werbung - von der ich den Mitgliedern des Gemeinderates eine "Kostprobensammlung" vorlege - 1968 dem Jubiläum zugeordnet.

Vielleicht ist aber auch dieser Jubiläumstermin der richtige Anlaß, um einmal auch die finanziellen Leistungen, die unsere Verkehrsbetriebe für unsere Wiener Bevölkerung erbringen, mehr in den Blickpunkt zu rücken. Für die Tarifgemeinschaft auf der Schnellbahn werden die Verkehrsbetriebe den Österreichischen Bundesbahnen im Jahre 1968 rund 35 Millionen Schilling zahlen. Für die Tarifgemeinschaft mit privaten Autofirmen sind rund 16 Millionen Schilling Jahresausgaben vorgesehen. Die an Trafiken zu zahlenden Provisionen sind 1968 mit 10,5 Millionen Schilling veranschlagt. Allein diese drei Posten besagen, daß die Verkehrsbetriebe im nächsten Jahr rund 61,5 Millionen Schilling ausgeben werden, um ihren Fahrgästen Vorteile bei Fahrpreis und Bequemlichkeit einzuräumen.

Bei rund 125 Millionen Fahrten mit Wochenstreckenkarten erfahren die Verkehrsbetriebe Mindereinnahmen von gering gerechnet 190 Millionen Schilling, die sie aus eigenem wirtschaftlich verkraften müssen. Die übrigen Fahrbegünstigungen liegen sogar noch über diesem Betrag. Ich glaube, daß diese Ziffern auch geeignet sind, den für 1968 mit rund 653 Millionen Schilling ausgewiesenen betrieblichen Verlust der Verkehrsbetriebe in einem anderen Lichte erscheinen zu lassen.

Aber auch der Effekt der Rationalisierungsinvestitionen wird im Wirtschaftsplan 1968 sichtbar. Während E-Werke und Gaswerke von 1967 auf 1968 mit praktisch unveränderten Personalständen rechnen, haben die Verkehrsbetriebe im Wirtschaftsplan 1968 deutliche Rationalisierungserfolge aufzuweisen: Mit einem Sollstand von 11.257 Bediensteten für 1968 tritt gegenüber dem Wirtschaftsplan 1967 eine Verringerung um 369 Bedienstete ein, das sind immerhin mehr als drei Prozent. Verantwortlich für diese günstige Entwicklung sind unter anderem: die schaffnerlosen Beiwagen und Fahrscheinentwerter, Großraumfahrzeuge, automatische Waschanlagen und dergleichen.

Daß die Ziffern echt sind und echte Rationalisierungseffekte widerspiegeln, kann mit dem Hinweis erhärtet werden, daß der Ansatz für Nebenbezüge gegenüber 1967 mit wenig mehr als ein Prozent erhöht ist. Dennoch verzeichnen die Verkehrsbetriebe auch für 1968 einen Personalunterstand von 894 Bediensteten, der durch Überstundenleistungen ausgeglichen werden muß.

Auch bei den Ruhe- und Versorgungsgenüssen ist zahlenmäßig eine leicht sinkende Tendenz angenommen. Trotz dieser an sich für das Unternehmen günstigen Entwicklung der Personalstände weisen die Personalkosten insgesamt eine Steigerung von 1,199 Milliarden Schilling im Wirtschaftsplan 1967 auf 1,305 Milliarden Schilling im Voranschlag 1968, also um 106 Millionen Schilling oder fast neun Prozent auf. Allerdings ist dieser Steigerungsprozentsatz niedriger als bei den übrigen drei Teilunternehmungen und die Personalkostentangente von 63,77 Prozent braucht auch internationale Vergleiche nicht zu scheuen.

Mehr Investitionen

Gleichfalls erfreulich ist, daß die Investitionen mit insgesamt 335,2 Millionen Schilling um rund 45 Millionen Schilling höher angesetzt sind als 1967. Ein Betrag von 19,4 Millionen Schilling liegt unter Sperre. Der Bau der neuen Zentralwerkstätte hat für 1968 eine Baurate von 70 Millionen Schilling zu verzeichnen, von der 4,5 Millionen Schilling gesperrt sind, und für das Erneuerungsprogramm der Straßenbahnwagen sind 101 Millionen Schilling vorgesehen. Ebenfalls erwähnenswert sind die für die Anschaffung von Autobussen vorgesehenen 25 Millionen Schilling. Für den Umbau von 70 Beiwagen der Type C 3 auf schaffnerlosen Betrieb ist eine Post von 10,35 Millionen Schilling und für die Anschaffung von weiteren 50 Fahrscheinentwertern mit Gleismagneten sind 1,13 Millionen Schilling vorgesehen. Auch wenn 1968 keine Mittel für Anzahlungen auf weitere Bestellungen vorgesehen sind, werden die Verkehrsbetriebe bemüht sein, so wie 1967 weitere Verkehrsverbesserungen vorzunehmen.

In diesem Zusammenhang darf ich dem Gemeinderat mitteilen, daß die Verkehrsbetriebe derzeit über 67 Doppeldecker, 34 Gelenkautobusse, 203 moderne Triebwagen, 121 schaffnerlose Beiwagen verfügen und daß 76 Autobusse auf Gasmischbetrieb umgebaut sind.

Ein Problem, das die Verkehrsbetriebe 1968 in besonderem Maße beschäftigen wird, ist die U-Bahn. Vom Standpunkt des Ressorts aus muß ich es lebhaft bedauern, daß auch 1968 nur vorbereitende und Planungsmaßnahmen, jedoch noch keine Bauführung vorgesehen ist, obwohl der Gemeinderat gemäß den Darstellungen, die ihm im Herbst 1966 gegeben wurden, damit gewiß gerechnet hätte. Und obwohl es günstig gewesen wäre, die Konjunkturverflachung zu nützen. Natürlich stehe auch ich auf dem Standpunkt, daß sorgfältige Planung den Vorrang hat, zumal jede nicht optimal trassierte Linie ja in erster Linie den Verkehrsbetrieben wirtschaftlich zur Last fällt. Es gilt also, die nächsten Monate intensiv zu nützen, damit Planungslücken geschlossen werden und die Techniker den politischen Gremien schließlich einen ausgereiften Entwurf vorlegen.

U-Bahn-Wagen in Konstruktion

Was die Verkehrsbetriebe anlangt, so sind ihre Vorarbeiten im eigenen Wirkungsbereich so weit gediehen, daß sie im kommenden Jahr den Konstruktionsauftrag für den Prototyp des U-Bahn-Wagens vergeben werden können. Dies erscheint zeitgerecht, damit eine Entwicklungszeit von etwa 28 Monaten für den ersten Sechswagenzug und einer anschließenden Probezeit von bis zu einem Jahr gerechnet werden muß.

In der beim Finanzressort neu geschaffenen Zentralrubrik "U-Bahn", deren Zustandekommen ich im Sinne einer geordneten Rechnungslegung auch gegenüber dem Bund, bei dem ja unsere Forderung gleichfalls anhängig ist, begrüße, ist auch eine Position für die Probestrecke enthalten. Ich kann dem Gemeinderat so guten Gewissens versichern, daß die Verkehrsbetriebe in dieser wichtigen Frage nicht in Verzug geraten werden.

Investitionen bei der Bestattung

Im Wirtschaftsplan 1968 figuriert auch die Bestattung mit einem präliminierten Abgang von rund 1,5 Millionen Schilling. Diesem Umstand wäre erklärend hinzuzufügen, daß der Tarif der Bestattung seit 1953 unverändert blieb und es nun nicht mehr möglich erscheint, die Jahr für Jahr steigenden Personal- und Sachkosten durch Rationalisierung und höherwertige Leistungen aufzufangen. Gemäß Verfassung und Statut ist der Gemeinderat zur Entscheidung berufen, auf welche Weise eine defizitäre Weiterentwicklung der Bestattung vermieden werden soll.

Das Investitionsbudget der Bestattung ist mit 24,5 Millionen Schilling angesetzt. Hievon entfallen 4,1 Millionen Schilling auf die Ausgestaltung von Friedhofs-Aufbahnhallen. 17 Millionen Schilling sind für den Ausbau und die Ausstattung der neuen Sargfabrik vorgesehen. Deren Bau schreitet zügig voran und es ist damit zu rechnen, daß die Übersiedlung etwa im August 1968 stattfinden wird.

Kehren wir zu den Wiener Stadtwerken als Gesamtheit zurück. Der Anleihedienstplan 1968 sieht Tilgung von Krediten in Höhe von rund 239 Millionen Schilling vor. Im Jahre 1967 waren für diesen Zweck 405 Millionen Schilling vorgesehen. Diese Verringerung der Tilgungsleistungen ist aber nicht auf eine Verringerung der Verpflichtungen zu schließen, sondern sie ist zum Teil in Prolongationen begründet. Diese waren erforderlich, um den Investitionserfordernissen einigermaßen entsprechen zu können.

Zum Finanzplan 1968 wäre noch anzumerken, daß die Differenz zwischen Gelderfordernis und Bedeckung ein Manko von 676,195 Millionen Schilling ergibt. Hievon sind 176,195 Millionen Schilling durch Sperren gedeckt, während die fehlenden 500 Millionen Schilling durch Anleihen beziehungsweise Kredite gedeckt werden müssen. Bei einem ungesperrten Investitionsvolumen der Wiener Stadtwerke von 1,021 Milliarden Schilling erscheint dieser Anleihebetrag vertretbar. Auch die Abschreibungen auf das Anlagevermögen, die für die Wiener Stadtwerke 1968 insgesamt mit rund 607 Millionen Schilling angesetzt sind, deuten eine vertretbare Relation an.

Noch immer Personalmangel

Abschließend vielleicht noch eine kurze Bemerkung zu einer personalwirtschaftlichen Frage, Besonders in der politischen Argumentation entsteht manchmal der Eindruck, es stünden Aufnahmebewerber jeder Kategorie in reichem Maße zur Auswahl. Wie sieht es bei den Stadtwerken tatsächlich aus? Zwar konnten die Verkehrsbetriebe den Anfangstand des heurigen Jahres etwa halten, doch auch der Wirtschaftsplan 1968 rechnet realistisch mit einem Unterstand. Der Mangel an Straßenbahnfahrern und Autobuslenkern ist nach wie vor drückend und es werden entsprechend gezielte Werbeaktionen in Kürze anlaufen.

Die Gaswerke haben in besonderem Maß Mangel an Akademikern und werden weiter versuchen, durch direkte Kontakte mit den Hochschulinstituten für Nachwuchskräfte zu sorgen. Ähnliches gilt für unsere Elektrizitätswerke.

Der Altersaufbau der Mitarbeiter der Wiener Städtwerke zeigt ein Durchschnittsalter von 42,78 Jahren, wobei Verkehrsbetriebe und Bestattung über dem Durchschnitt liegen, E-Werke und Gaswerke darunter. Dieses Durchschnittsalter ist auch eine Erklärung, weshalb die Personalkosten der Stadtwerke verhältnismäßig höher sind als jene der Hoheitsverwaltung. Mit dieser Kennziffer kommt noch zweierlei zum Ausdruck: Die Aufnahmen müssen sich auf jüngere Jahrgänge konzentrieren. Aber das Durchschnittsalter ist auch ein Beweis für die Betriebstreue unserer Mitarbeiter."

Abschließend stellte die Referentin die formellen Anträge.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes

- - -

George Saiko-Ausstellung der Stadtbibliothek
=====

19. Dezember (RK) Ab Freitag, **den 21. Dezember ist im Ausstellungsraum** der Wiener Stadtbibliothek, Rathaus, Stiege IV, 1. Stock, Tür 334, eine Gedächtnis-Ausstellung über den bekannten Schriftsteller George Saiko zu sehen. Anhand von Büchern, Bildern, Dokumenten und Literatur-Kritiken wird ein umfassender Überblick über das Lebenswerk Saikos geboten, der mit der Wiener Stadtbibliothek eng verbunden war. Die literarhistorische Exposition ist jeweils Montag bis Freitag von 9 bis 18.30 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

- - -

Eine gute Nachricht:

Müllabholung am Stefanitag
=====

19. Dezember (RK) Von Jahr zu Jahr gibt es zu den Weihnachtsfeiertagen immer mehr Abfälle, nicht nur Reste aus der Küche, sondern vor allem riesige Mengen von Verpackungsmaterial. Samstag (23. Dezember) und Sonntag (24. Dezember) dazu gerechnet, hängen heuer vier im allgemeinen freie Tage zusammen. Um ein Überquellen der Colonialkübel zu vermeiden, wird heuer die städtische Müllabfuhr am zweiten Weihnachtsfeiertag (Dienstag, 26. Dezember, Stefanitag) im Einsatz stehen.

Es wird in diesem Zusammenhang ersucht, die Zugänge zu den Müllgefäßen freizuhalten und nicht zu versperren.

- - -

Abstimmung über Budget einwandfrei!

=====

19. Dezember (RK) Im Zusammenhang mit der Abstimmung über das Wiener Budget 1968, die gestern im Wiener Gemeinderat vorgenommen wurde, ist die Meinung aufgetaucht, daß dabei ein Abstimmungsfehler passiert sein soll. Wir zitieren daher aus dem stenographischen Protokoll:

"Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag, der auf Seite XVI des Voranschlagsentwurfes enthalten ist, und zwar mit der vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderung des Punktes 3, dessen neuen Wortlaut der Herr Berichterstatter jetzt referiert hat, und der im übrigen bereits auch schriftlich den Mitgliedern des Gemeinderates vorgelegt worden ist.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem - im Punkte 3 abgeänderten Antrag - ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. - Danke. Angenommen.

Damit ist das Budget für das Jahr 1968 beschlossen."

Dieser zitierte Antrag auf Seite XVI des Voranschlagsentwurfes umfaßt sechs Punkte darunter Punkt 1 in dem es heißt, "der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1968 ... wird genehmigt." Daraus geht eindeutig hervor, daß der Vorsitzende über das Budget 1968 abstimmen ließ. Die Abstimmung und damit der Beschluß über das Wiener Budget waren also einwandfrei.

- - -

Spielzeug für Wiener Pflegekinder
=====

19. Dezember (RK) Die Gesellschaft der österreichischen Kinderdörfer hatte auch heuer wieder die Eltern der Wiener Pflegegroßfamilien in die "Wiener Spielzeugschachtel" eingeladen. Sie hatten hierbei die Gelegenheit, pädagogisch gutes Spielzeug im Werte von zirka 100 Schilling für jedes ihrer Pflegekinder auszusuchen. Die Kosten für diese Aktion trägt das Wiener Jugendamt.

Frau Stadtrat Jacobi, die zu den wärmsten Förderern der Wiener Pflegegroßfamilien gehört und der diese Jugendbetreuung besonders am Herzen liegt, war ebenfalls anwesend, um die **Pflegeeltern** bei der Auswahl des Spielzeuges zu beraten. Diejenigen Pflegekinder, die bei Eltern in den Bundesländern leben, hatten die Möglichkeit, Wunschzettel zu schreiben.

In einer kurzen Ansprache dankte Frau Stadtrat Jacobi den **Pflegeeltern** für ihre aufopferungsvolle Arbeit und insbesondere dafür, daß sie die Idee, bedürftigen beziehungsweise elternlosen Kindern ein Familienleben zu geben, Wirklichkeit werden lassen. Es sei immer wieder eine Genugtuung, zu sehen, wie aus den im Kleinkinderalter Übergebenen, tüchtige und lebensfrohe Menschen werden.

Zur Zeit werden 250 Wiener Kinder in 38 Pflegegroßfamilien betreut, und für diese Aktion wurde vor einigen Jahren der Ausdruck "Stilles Kinderdorf" geprägt, weil diese Familien nicht nur in Wien sondern auch in den Bundesländern verstreut leben. Zusammengekommen würden sie ein Kinderdorf mit beachtlicher Größe darstellen.

- - -

Morgen Mittwoch:Wiener Wohnbaufonds im Gemeinderat
=====

19. Dezember (RK) Die durch die Einführung des Wiener Wohnbaufonds notwendig gewordene Änderung des Voranschlages der Bundeshauptstadt für 1968 wurde heute von Vizebürgermeister Felix Salvik in einer gemeinsamen Sitzung des Stadtsenates mit dem Gemeinderatsausschuß für Finanzen eingebracht. Der Wiener Gemeinderat wird sich morgen mit dem für die weitere Aufrechterhaltung der Wohnbautätigkeit in Wien notwendigen Geschäftstück beschäftigen.

--- -

Personalmeldungen

=====

19. Dezember (RK) Der Wiener Stadtsenat hat heute den Leiter der Magistratsabteilung 17, Anstaltenamt, Senatsrat Dr. Franz Widmayer zum Obersenatsrat befördert. Marktamtsdirektor Dr. Gustav Beier wurde in die Dienstklasse VIII befördert. Den Obermagistratsräten Dr. Erich Helnwein (Magistratisches Bezirksamt 3) und Dr. Rudolf Seuchter (Magistratisches Bezirksamt 1/8) wurde der Titel Senatsrat verliehen.

Magistratsrat Dr. Wilhelm Bauer (Kontrollamt) wurde zum Obermagistratsrat, Forstrat Dipl.-Ing. Johann Adler (MA 49) zum Oberforstrat, die Stadtbauräte Dipl.-Ing. Max Joachimsthaler (MA 31), Dipl.-Ing. Karl Stich (MA 30) und Dipl.-Ing. Erwin Wirth (Gaswerke) wurden zu Oberstadtbauräten sowie der Erziehungsberater Dr. Otto Pawlik (MA 11) in die Dienstklasse VII befördert. Die Amtsräte Emil Pauler (MA 6) und Alfred Wegl (Kontrollamt) wurden zu Oberamtsräten befördert.

- - -

Fortsetzung des SitzungsberichtesDie Debatte über die Wiener Stadtwerke
=====

GR. Karger (KLS) stellte einleitend fest, daß die Arbeiter und Angestellten wertvolle Arbeit geleistet und eine Produktionssteigerung erreicht hätten, die ihren Niederschlag auch im Budget gefunden habe.

Aus dem Voranschlag sei zu ersehen, daß die im Vorjahr durchgeführte Tarifierhöhung bei der Straßenbahn keineswegs - wie damals behauptet - ein erster Schritt zur Sanierung der Verkehrsbetriebe gewesen sei. Der Abgang betrage 1968 insgesamt 191 Millionen Schilling und sei um 70 Millionen höher als 1967. Dies, obwohl eine Anleihe in der Höhe von 500 Millionen aufgenommen werden muß, die neue Kosten bringe. Die Situation sei daher nicht günstiger, sondern schlechter geworden.

Die im Budgetbericht enthaltene Feststellung, daß eine neuerliche Erhöhung der Straßenbahntarife infolge Frequenzverfalls keine Mehreinnahmen erbringen werde, bestätige diesen **Misserfolg**.

Auf der ganzen Welt gebe es keine kostendeckenden Fahrpreise auf öffentlichen Verkehrsmitteln. Man könne ja auch nicht daran denken, die Kosten der künftigen U-Bahn auf den Fahrpreis umzulegen: diese Überlegung zeige, wie absurd dieses Prinzip sei.

Die Forderung nach einem Einheitstarif innerhalb des Wiener Stadtgebietes sei nur zum Teil verwirklicht worden. Jeder Wiener müsse bis zur Stadtgrenze mit einem Fahrschein fahren können. In den einheitlichen Tarif müssten auch die Badner Bahn, die Westbahn bis Hütteldorf-Weidlingau und die Ostbahn bis Hirschstetten einbezogen werden.

Auf eine Anfrage, wie weit die Verhandlungen mit den Bundesbahnen zur Verwirklichung eines einheitlichen Tarifgebietes fortgeschritten seien, wäre lakonisch mitgeteilt worden, daß die gegenwärtige Situation keine Veränderung erfahren habe.

./.

Auch um die Verwirklichung von Bevölkerungswünschen mit lokalem Charakter hätten sich die Wiener Verkehrsbetriebe nicht gekümmert. Solche Wünsche seien der Ausbau der Schnellbahnhstationen, die Wiedereinführung der aufgelassenen Linie 360 nach Mödling, die Verlängerung der Linie 16 bis Aspern und die Verkürzung der Intervalle bei einzelnen Linien.

Der Redner fordert eine Verbesserung des öffentlichen Verkehrs durch Forcierung des U-Bahn-Baues sowie durch den Ausbau des versprochenen Schnellbahnnetzes. Der U-Bahn-Bau wird das ganze Leben unserer Stadt zutiefst beeinflussen. Umso notwendiger erscheint es, daß der Gemeinderat bald Gelegenheit erhält, sich gründlich mit der Detailplanung auseinandersetzen zu können. Man wird hoffentlich nicht - wie es so gerne getan wird - ein Wahljahr abwarten, um dann erst mit dem Bau zu beginnen. Wien wird bald die einzige Millionenstadt Europas sein, die über keine U-Bahn verfügt. Auch der Ausbau der Schnellbahn, die Verhandlungen darüber sind anscheinend bereits eingeschlafen, müßte forciert werden. Der Redner ersucht um Mitteilung, wie weit sich der Bund zur finanziellen Mithilfe auf diesem Sektor bereiterklärt hat.

Zu ernster Sorge gebe die Entwicklung der Gaswerke Anlaß. Es ist schon so weit gekommen, daß gegenwärtig die Errichtung von Gasheizungen nicht mehr bewilligt werden kann. Man verhandelt zwar zum Beispiel mit Algerien. Wer wird aber das Kapital für ein derart kostspieliges Projekt zur Verfügung stellen. Man hat zwar zusammen mit allen anderen Bundesländern eine Ferngasdachgesellschaft gegründet, eine kaum zweckmäßige Maßnahme, da ein Teil der Bundesländer nicht einmal Anlagen besitzt und auch nicht die nötigen Abnehmer hat. Der Redner hielt es für besser, würde Wien zuerst mit der ÖMV zu einer Einigung kommen, denn diese besitzt die nötigen Voraussetzungen, um sowjetisches Erdgas nach Österreich bringen zu können.

Den Wirtschaftsplänen für 1968 könne seine Fraktion nicht zustimmen.

GR. Peter (FPÖ) trifft einleitend die Feststellung, daß sich leider in der Finanzgebarung der Stadtwerke nichts geändert hat. Der Verlust wird mit 191,1 Millionen Schilling präliminiert. Man ist also weit davon entfernt, von einer Gesundung der Wiener Stadtwerke zu sprechen. Und das trotz der vorgenommenen Tariferhöhungen. Was machen wir mit den Stadtwerken, um wirklich einmal eine finanzielle Gesundung herbeiführen zu können? Die Ansätze für die Investitionen bezeichnet der Redner als erfreulich. Die notwendigen Mittel jedoch durch eine Auslandsanleihe zu beschaffen, hält er für unzweckmäßig, da durch den Zinsendienst und Spesen bedeutende Mittel ins Ausland gehen müßten. Seine Fraktion habe wiederholt darauf hingewiesen, daß Tariferhöhungen kein Allheilmittel sind. Wie also wird man zu einer Sanierung kommen? Eine Kapitalaufstockung durch die Übertragung einzelner Bauwerke ins Eigentum der Stadtwerke, könne auch keine Abhilfe schaffen.

Bei der Bestattung ist es bedauerlich, daß man auch hier eine Tariferhöhung vornehmen will. Sicherlich sind die Tarife hier seit 1953 gleichgeblieben, aber aus einem derartigen Unternehmen läßt sich eben kein Gewinn herausholen.

Die Gaswerke, die einmal mitgeholfen haben, das Defizit der Stadtwerke zu verringern, sind nun selbst defizitär geworden, obwohl der Gasbedarf ständig steigt. Leider muß festgestellt werden, daß die Herstellungskosten ständig steigen, obwohl ein echtes Personalsparnis zu verzeichnen ist. Es drängt sich die Frage auf, ob wir bei einer länger dauernden Kälteperiode oder niedrigen Temperaturen alle Gasabnehmer überhaupt werden ausreichend versorgen können. In diese schwierige Situation sind wir durch die Kündigung des Lieferungsvertrages der ÖMV gekommen.

Die Erdgaslieferungen der ÖMV an andere Abnehmer und ihr Eigenbedarf mache 5,5 Millionen Kubikmeter täglich aus. Man könne den Fachleuten den Vorwurf nicht ersparen, mit den Erdgasvorräten Raubbau betrieben zu haben. So hätten die Wiener E-Werke und die NEWAG 5 Milliarden Kubikmeter zur Stromerzeugung verheizt, und zwar mit einem Nutzungsgrad von 30 Prozent, während beim Spaltgas ein Nutzungsgrad von 80 Prozent erzielt werde.

Sehr erfreulich sei die Entwicklung der Gasentgiftung, die im Endstadium ein Gas mit 1,5 Prozent CO-Gehalt ergeben wird, das praktisch giftfrei ist. Hinweisen müsse man jedoch darauf, daß die Explosionsgefahr nach wie vor gegeben ist.

Erforderlich wäre eine weitere Sanierung des Gasrohrnetzes, denn in der Wiener Heimaterde liegen noch 7000 bis 8000 Meter fünfzig Jahre alte Gasrohre.

Die E-Werke bezeichnete der Redner als "letzte Säule" der Stadtwerke, auf die hoffentlich das Wort Ludwig Uhland's nicht anzuwenden sei, daß auch diese schon geborsten wäre und über Nacht stürzen könnte. Der Strombedarf steige um 7 bis 8 Prozent im Jahr und die Erzeugung sei rationeller geworden. Dies bedeute auch eine erhöhte Pro-Kopf-Leistung des Personals. Es sei die Frage zu stellen, ob auch die Löhne in gleicher Relation gestiegen seien und wohin die Erträgnisse der rationelleren Erzeugung fließen.

Bei den Verkehrsbetrieben vermisse man trotz der 325 Millionen für Investitionen einen Generalsanierungsplan. Man müßte das Eigenkapital aufstocken, die Kosten für die Sozialtarife müßte das Wohlfahrtsamt übernehmen und Zuschüsse aus Steuermitteln sollten nicht sporadisch, sondern laufend gegeben werden. Die schaffnerlosen Beiwagen seien ein begrüßenswerter Anfang der notwendigen technischen und verwaltungstechnischen Rationalisierung. Hamburgs Verkehrsbetriebe benötigen um ein Drittel weniger Personal, weil sie schon seit vielen Jahren eine U-Bahn haben. In Wien habe man viel zu lange den Standpunkt vertreten, keine U-Bahn zu benötigen. Zu jener Zeit, als London oder Paris ihre U-Bahnen bauten, wäre dies auch Wien leichter gefallen.

Im Kundendienst werde manches geleistet, manches sei noch zu tun. Da 890 Bedienstete für das Fahrpersonal fehlen, müßten viele - meist nicht freiwillige - Überstunden geleistet werden. Auf die Nachtautobusse, die sehr defizitär sind, müßte man intensiver hinweisen.

./.

Die neue Hauptwerkstätte lasse einen Rationalisierungserfolg erwarten und werde mit ihrer Länge von 380 Meter und ihrer Breite von 180 Meter der größte Hallenbau Europas sein.

Bedauerlich findet der Redner auch die ganze U-Bahn-Planung. Der Versuchsstrecke, die im nächsten Jaht befahren werden soll, sagt er nur bestenfalls den Spatenstich voraus. "Die Japaner sind da radikaler, sie planen nicht, sie bauen!"

Dann kritisiert er die Stadtbauamtsbroschüre "Eine U-Bahn für Wien". Die dort enthaltenden Vergleiche mit deutschen Normen und Zahlen hält er für undiskutabel. - Doppeldecker-Autobusse, wie sie von den Verkehrsbetrieben in steigendem Maße eingesetzt werden, hält er ebenfalls für veraltet und fordert "Eineinhalb-Decker". - Schließlich erinnert er an die "Schienenbremsenverordnung" vom 13. Februar 1957 und daran, daß heute noch sechs Linien "gesetzwidrig" ausgerüstet seien. Die Verkehrsbetriebe-Triebwagen findet er ebenfalls im Gegensatz zu jenen in deutschen Städten "hoffnungslos überaltet" und rechnet vor, daß man an Stelle der modernen Gelenkzüge lieber gleich U-Bahn-Wagen besorgen hätte sollen.

Als letzten Punkt seiner Debatte nimmte GR. Peter Stellung zu der Studentenkarte und richtet einen Appell an die Wiener Stadtwerke, hier im Einvernehmen mit der Studentenschaft doch zu ermöglichen, daß die Studierenden nicht bloß zum Hauptgebäude sondern auch zu Nebeninstituten fahren können.

Aus all den genannten Gründen könne seine Fraktion den Anträgen nicht zustimmen. Dies sei jedoch kein Mißtrauen gegen die Generaldirektion oder die Stadträtin, "denn die beiden sind ja nur Gefangene der Koalition."

GR. Krasser (ÖVP) erinnert an den Erdgasschock des heurigen Herbstes und daran, daß die mit Anfang April erfolgende dreißigprozentige Kürzung der Lieferung seitens der ÖMV auf jeden Fall ins Haus stehe. Der Erfolgsplan der Stadtwerke zeige, daß über 80 Prozent der Heizgasenergie auf Erdgas zurückgehe.

Dem Stadtgas bleibe also nur das Ausweichen auf das teurere Naphta, und er richtet die Anfrage an die Stadträtin, ob bei einer längeren Frostperiode mit Zusatzlieferungen der ÖMV gerechnet werden könne. Gemeinsam mit GR. Nekula hat er einen Antrag vorbereitet, der die Priorität der Haushaltsversorgung gegenüber den Erdgaslieferanten nachdrücklich feststellen soll. Der Antrag wird formell dem Bürgermeister zugewiesen.

Anschließend lobt Krasser die Richtigkeit der Entscheidung der Gaswerke, sich an der Österreichischen Erdgaswirtschafts-Ges.m.b.H. beteiligt zu haben. GR. Dr. Krasser weist darauf hin, daß die wichtigste Aufgabe der Wiener Stadtwerke letztlich darin besteht, die Konsumenteninteressen zu wahren. Man müsse sich daher bemühen, eine preisgünstige Erdgasversorgung herbeizuführen. Zum Thema Erdgasimporte überwechselnd, betont der Debattenredner, daß eine Koordinierung aller daran interessierter Kreise erforderlich ist. Nur so ist eine für die Wiener Bevölkerung wirtschaftliche Lösung realisierbar.

Das zum erheblichen Teil noch aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg stammende Rohrnetz müsse entsprechend erneuert werden und er bedauere, daß von den hierfür vorgesehenen 82,6 Millionen Schilling mangels Bedeckung 34,5 Millionen gesperrt sind. Dies bedeute eine Verschlechterung der Gasversorgung sowie die Verhinderung neue Gasanschlüsse zu tätigen.

Der Redner wandte sich dann dem Problem der Gebietsforderungen der NEWAG an die Wiener E-Werke zu und bespricht die diesbezügliche Rechtslage. Es sei erfreulich, daß das im heurigen Jahr in diesem Zusammenhang ergangene Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes den Rechtsstandpunkt der Wiener Stadtwerke bestätige. Eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes ging mit dieser Erkenntnis konform, so daß die Belieferung gewisser niederösterreichischer Gebiete durch Wiener E-Werke und Gaswerke legal erfolge. Er betonte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer guten Zusammenarbeit mit dem Bundesland Niederösterreich. Erste Voraussetzung hierfür sei jedoch die Regelung der bestehenden Teilprobleme. Der Redner führt dann aus, daß es immer interessanter werde, Überlegungen der Stromerzeugung durch Kernkraftwerke anzustreben, da die Kosten derartiger Werke günstiger werden.

Die Gründung einer Studien- und Planungsgesellschaft stünde bevor und er fordere die Wiener Stadtwerke auf, dieser beizutreten, sowie zu trachten, einen Sitz in der Geschäftsführung zu erhalten.

Als nächster Debattenredner beschäftigt sich GR. Nekula (SPÖ) mit den Rechnungsabschlüssen und Wirtschaftsplänen der letzten Jahre und untersucht deren Ursache. Er bedauert sehr, daß die Wiener Stadtwerke von dem Erhalt von ERP-Krediten ausgeschlossen waren und 6 bis 7 prozentige Kredite in Anspruch nehmen mußten. Dies stelle eine echte Belastung sowie eine Schlechterstellung im Vergleich zu Privatunternehmen dar. Der Redner führte aus, daß Wien mit 602 Kilometer über das längste und dichteste Gleisnetz aller europäischen Städte verfüge. Wenn man bedenkt, daß 60 Prozent der berufstätigen Wiener und Wienerinnen zu ihren Dienstfahrten die Wiener Straßenbahn benützen und der Durchschnittserlös pro Fahrgast lediglich 2,50 Schilling beträgt, so kann man ersehen, daß die Wiener Verkehrsbetriebe eine große Subvention an jedem einzelnen Fahrgast erbringen.

Für 1968 werde mit 426 Millionen Fahrgästen gerechnet, dies bedeutet einen Abfall gegenüber 1967 um 4 Prozent, was sich aus der fortschreitenden Motorisierungstendenz erklärt. Gemeinderat Nekula erläuterte dann die Problematik der letzten Tarifregulierung.

Im Hinblick auf die Tarifierhöhung der Verkehrsbetriebe von 1967 stellte der Debattenredner fest, daß damals vier neue städtische Autobuslinien geschaffen und durch Erweiterung privater Linien sowie Kursumlegungen wichtige Verbesserungen erreicht wurden. Die Gemeinde kosteten diese Verbesserungen rund 13 Millionen.

Die Verkehrsbetriebe seien bekanntlich sehr lohnintensiv, weshalb sich die Lohnkosten stark bemerkbar machen. Sie traten 1967 mit 54 Millionen in Erscheinung und werden 1968 110 Millionen betragen. Trotzdem müsse 1968 mit einem Unterstand an Personal von rund 900 Bediensteten gerechnet werden. Der Verkehr könne nur dadurch aufrecht erhalten werden, daß die Bediensteten Überstunden machen. 1967 wurden nicht weniger als

4 Millionen Überstunden gemacht, die auf Schilling und Groschen abgegolten wurden, und zwar nicht lange danach, sondern innerhalb weniger Tage. Von den Österreichischen Bundesbahnen sei bekannt, daß die Überstunden des Personals nicht eingelöst werden können, die Bediensteten erhielten stattdessen nur Freistunden.

Zur von GR. Lauscher geforderten Einbeziehung zweier Bundesbahnlinien - der Pendlerstrecke nach Hadersdorf-Weidlingau und der Ostbahn bis Hirschstetten - sagte GR. Nekula, daß für eine solche Maßnahme zwei Partner erforderlich wären. Die Bundesbahnen lehnten es jedoch strikte ab, mit der Gemeinde Wien über eine solche Tarifeinbeziehung zu verhandeln.

Anschließend kam GR. Nekula auf die Schnellbahn zu sprechen. 1959, als sie zum erstenmal zur Debatte stand, habe das damalige "Kleine Volksblatt" von der Schnellbahn als einem SPÖ-Wahlschlager geschrieben. Als das neue Verkehrsmittel dann den Wienern zur Verfügung stand, habe dieselbe Zeitung geschrieben: "Schnellbahnkonzept der ÖVP verwirklicht!"

Die Zusammenarbeit könne auf dem Schnellbahnsektor nicht als besonders günstig bezeichnet werden. Wenn es darum gehe, Beiträge zu zahlen, erweise sich der Finanzminister nicht als sehr gebefreudigt. Damit die Schnellbahnstation Matzleinsdorfer Platz endlich errichtet werden kann, habe die Gemeinde den Zinsendienst für die Gestehungskosten dieses Verkehrsbauwerkes übernehmen müssen.

Anderswo herrschten genau umgekehrte Verhältnisse. Der Debattenredner führte Hamburg als Beispiel an: Dort hätten die Deutschen Bundesbahnen der projektierten Schnellbahn nur unter der Bedingung zugestimmt, daß die Bundesbahnen die Schnellbahn selbst bauen dürfen.

Auch hinsichtlich der Beförderungssteuer habe der Finanzminister mit Wien kein Einsehen. Diese Steuer sei der Bundeshauptstadt nicht erlassen worden - wohl aber einigen privaten Bahnen.

Dieser Voranschlag habe jedoch einige Schönheitsfehler, da er erstens nach den morgigen Wohnbaubeschlüssen teilweise bereits überholt sein wird und zweitens, daß er - wenn auch formell richtig - die Voranschläge der Wiener Stadtwerke nicht berücksichtigt. Zählt man nämlich zu den Abgängen der Gruppe I bis XI noch jene der Gruppe XII dazu, kommt man zu einem Betrag von 466 Millionen. Wie kann man aber einen solchen Betrag bedecken? Tariferhöhungen kommen nach Ansicht des Redners nicht in Frage, denn die E-Werke weisen für 1968 einen Gewinn von 152 Millionen aus und müssen außerdem 130 Millionen an die Verkehrsbetriebe abgeben. Sie sind also hoch aktiv, und kaum jemand würde verstehen, wenn hier eine Preiserhöhung vorgenommen würde. Die Gaswerke schließen mit einem Verlust von 3 Millionen ab, haben aber einen Betrag von 35 Millionen an die Verkehrsbetriebe abzuführen. Dabei würden sie gerade in der jetzigen Situation, da die Lage auf dem Erdgassektor nicht sehr günstig ist, Geld brauchen, um Wege zu finden, eine andere Entwicklung voranzutreiben. Auch die Bestattung weist heuer einen Verlust von 1,486.000 Schilling aus. Auch hier wurde gesagt, daß eine etwaige Erhöhung keine Auswirkung auf das Gesamtbudget hätte. Verbleiben also die Verkehrsbetriebe. Der Fahrpreis ist bereits hoch genug. Um eine Lösung zu finden, gibt es daher nur zwei Möglichkeiten. Entweder man entschließt sich, seitens der Hoheitsverwaltung den Verkehrsbetrieben die Belastungen abzunehmen und gibt ihnen jährlich jenen Betrag, der ihnen durch die Gewährung der Sozialtarife und die Pensionskosten verloren geht oder man nimmt zur Kenntnis, daß die Wiener Verkehrsbetriebe so wie jede andere Verwaltungsgruppe große Leistungen im Interesse der Stadt zu erbringen haben, für die eben Mittel aufgewendet werden müssen. Würde die Stadtverwaltung die Pensionslasten übernehmen und die Gewährung der Sozialtarife abgelten, hätte man fast genau den Betrag, der jetzt als Abgang aufscheint. Der Abgang der Wiener Stadtwerke müsse aus Steuermitteln gedeckt werden. Mit dem Problem defizitärer Verkehrsbetriebe sind jedoch alle Länder bzw.

./.

Städte konfrontiert. Es werde notwendig sein, in Zukunft die Verkehrsbetriebe attraktiver zu gestalten, so zum Beispiel durch einen raschen Ausbau der U-Bahn, durch raschere Fahrzeiten, weiters durch bessere Erschließung der Wohngebiete am Stadtrand. Die Planung von Satellitenstädten im Osten und Süden unserer Stadt müßte schon jetzt bei den Überlegungen der Verkehrsbetriebe beachtet werden. Eine weitere Hauptaufgabe wird es sein, die Verkehrswege zu modernisieren. Eine Entlastung des Verkehrs selbst glaubt der Redner jedoch, erst nach Etablierung der U-Bahn vermuten zu können. Die Rationalisierung der Wiener Stadtwerke macht Fortschritte und führt zu einer wirtschaftlichen Verbesserung. Im Autobusverkehr sollte man überlegen, ob nicht in verkehrsschwachen Zeiten leichter manövrierbare Kleinbusse verwendet werden sollten.

GR.Kowarsch erörtert dann ausführlich die Personalsituation der Verkehrsbetriebe. In ganzen gesehen könne man jedoch sagen, daß diese Betriebe den an sie gerichteten Anforderungen gerecht werden.

Als nächster Debattenredner verwahrte sich GR.Peter (FPÖ) gegen den Vorwurf des Gemeinderates Nekula, er habe gesagt, die vor kurzem bestellten Straßenbahnwagen müßten nach Einführung der U-Bahn verschrottet werden. Er habe lediglich gesagt, daß der Ankauf dieser Wagen eine Fehlinvestition sei und der Vorteil des Types U 6 darin liegt, daß er nicht nur billiger sei, sondern außerdem jederzeit im U-Bahnbetrieb Verwendung finden könne.

Als nächster Debattenredner betont GR.Stockinger (SPÖ), daß die Wiener Stadtwerke durch die Investition von zirka einer Milliarde Schilling an der Sicherung der Vollbeschäftigung in Wien und darüber hinaus auch teilweise im gesamten Bundesgebiet ihren Beitrag leisten. In seinen weiteren Ausführungen wandte sich der Redner der Problematik der Erdgasversorgung für Wien zu.

Der Redner zeigt die drei Möglichkeiten für Importgas auf: das holländische wäre sehr nahe gelegen, aber relativ teuer; das Gas aus Algerien sei hinsichtlich der Fracht und der nicht gerade zuverlässigen Partner skeptisch zu betrachten. Am günstigsten

wäre noch der Anschluß an die russische Pipeline, der noch dazu im Jahre 1968 realisiert werden könnte. Er lobt die Schaffung der ÖEG (Österreichische Erdgasgesellschaft), die den Vorteil aller Länder wahrnimmt und zudem den eines einzigen Verhandlungspartners gegenüber dem internationalen Markt bringt.

Die Gasentgiftung hat die Wiener Stadtwerke bisher 150 Millionen gekostet. Wenn sie 1968 voll durchgeführt ist, wird dieser Betrag auf 190 Millionen angewachsen sein und der gefährliche CO₂-Gehalt auf zirka drei Prozent vermindert. Das sichtbare Ergebnis der Gasentgiftung ist im Rückgang der tödlichen Gasunfälle zu sehen. 1965 waren es noch 102, 1966 50 und 1967 nur mehr 21 Unfälle!

Der Redner bezeichnet es als vordringlich, den Ausbau der Leitungsnetze sowohl beim Gas- als auch beim E-Werk zu forcieren. "Wir haben 100.000 Gasheizungskunden, 30.000 mit Elektronachtspeicheröfen und bei einem Stand von 800.000 Haushalten demnach noch 670.000 Marktanteile zu erobern."

Für die Sozialisten nimmt er das Verdienst in Anspruch, sehr wohl etwas auf dem Gebiet der U-Bahn beziehungsweise des öffentlichen Massenverkehrsmittels in zweiter Ebene und mit eigenem Gleiskörper getan zu haben: Die Elektrifizierung der Stadtbahn in den harten Zeiten zwischen den beiden Weltkriegen und die Einbeziehung des Schnellbahnnetzes in der Zweiten Republik in das innerstädtische Verkehrsnetz. "56 Kilometer insgesamt!"

Die städtische Bestattung wird erstmals im kommenden Jahr ein Defizit, und zwar in der Höhe von 1,4 Millionen Schilling, aufweisen. Dies sei jedoch auf die seit 1953 bei steigenden Betriebskosten unveränderten Tarife zurückzuführen.

Schlußwort

In ihrem Schlußwort kommt die Berichterstatterin Stadträtin Dr. Schaumayer noch einmal auf jene Maßnahmen zu sprechen, die bei den Verkehrsbetrieben zwar nicht eine Minderung des Defizites, aber eine Stabilisierung auf dem Niveau 1965 herbeigeführt haben. Immerhin seien für 800 Millionen Schilling Investitionen getätigt worden, wodurch eine Rationalisierung überhaupt erst möglich war.

Bezüglich des Einheitstarifes sei das Ziel zum größten Teil erreicht worden. Bei den Gaswerken müsse man einräumen, daß sie sehr wohl eine Zukunft hätten und die Krise ja keine Gas- sondern eine Erdgaskrise und damit eine auf anderem Gebiete sei.

Auslandsanleihen bringen wertvolle zusätzliche Mittel. Die Sacheinlagen der Hoheitsverwaltung werden 1968 nicht aus Verkehrsbauwerken bestehen, sondern aus Aktien, Anleihen, Grundstücken (für die E-Werke) und Forderungsverzichte der Stadt Wien.

Gegenwärtig wird kein Erdgas zur Stromerzeugung verwendet.. Wenn dies geschah, so nur wegen der volkswirtschaftlichen Vorteile einer billigen Stromerzeugung.

Auf die nach wie vor bestehende Explosionsgefahr durch ausströmendes Gas wird bei jeder Gelegenheit hingewiesen.

Die Forderungen, die in der Debatte an einen General-sanierungsplan für die Stadtwerke gestellt wurden, sind großteils erfüllt. Die Stadtwerke haben zwar einen Verlustvortrag, es wurden ihnen aber in den letzten Jahren 1,7 Milliarden Schilling aus Mitteln der Hoheitsverwaltung als echtes Eigenkapital zugeführt. Die betriebsfremden Lasten stellen noch einen offenen Punkt dar, der einer Lösung bedarf. Aber auch die Forderung nach laufenden Zuschüssen ist erfüllt, ebenso wie die Forderung nach einem umfassenden Rationalisierungsprogramm.

Der Wiener U-Bahnwagen, dessen Konstruktionszeichnungen nunmehr in Auftrag gegeben wurden, haben selbstverständlich die Möglichkeit einer elektronischen Steuerung. Die Techniker und Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe haben internationale Vergleiche nicht zu scheuen.

Die Fahrpläne der Nachtautobusse zu veröffentlichen ist eine gute Anregung, wenn über die Nachtautobusse selbst auch noch gesprochen werden muß. London läßt seine Doppeldecker übrigens nur auf zwei oder drei Linien auf, nämlich im Zusammenhang mit U-Bahnverlängerung in die City, sonst bleiben die Doppeldecker erhalten.

Nur mehr zwei Straßenbahnlinien, nämlich 11 und 60, fahren in Wien ohne Schienenbremsen. Ein Mehrzweckwagen für Straßenbahn- und U-Bahn-Betrieb wird von den Fachleuten nicht für zweckmäßig gehalten, weshalb man sich zu einer vollwertigen U-Bahn entschlossen hat.

In der Frage der Fahrtausweise für Hochschul学生 wurden die Rektorate angeschrieben, um den Bedarf zu ermitteln. Für morgen sind Verhandlungen mit Vertretern der Hochschülerschaft anberaumt.

Trotz der drastischen Einschränkung der Erdgasförderung im Jahr 1968 durch die ÖMV hat die Gesellschaft zugesagt, uns nach Kräften zu beliefern. Daneben gibt es einen subsidiären Liefervertrag mit der Niogas.

Stromlieferungen der E-Werke in das niederösterreichische Umland sind legitim und wirtschaftlich vernünftig. Bei der Planung für das Atomkraftwerk hat sich das föderalistische Prinzip durchgesetzt, und die Länder sind vollwertige Partner des Bundes.

Daß die Stadtwerke in früheren Jahren keine ERP-Mittel erhielten, ist auf ihre besondere rechtliche Konstruktion zurückzuführen, die jedoch der Willensentscheidung des Gemeinderates entsprach.

In der Frage des Pendlers nach Hadersdorf-Weidlingau und der Ostbahnlinie nach Stadlau sind nicht nur die ÖBB und die Verkehrsbetriebe, sondern auch der Finanzreferent Verhandlungspartner, die alle mit der Sache einverstanden sein müssen. Man darf bei diesem Problem aber nicht zu sehr von einer statischen Betrachtungsweise ausgehen, denn eine optimale Verkehrsbedienun- gung wird nur durch übergeordnetes regionales Denken erzielt werden können. Außerdem soll man es nicht dem Zufall überlassen, wer welche Verkehrslinien betreibt.

Hinsichtlich der Schnellbahnstationen Matzleinsdorfer Platz und Brünner Straße stellte die Stadträtin fest, daß diese Bauwerke dank der Initiative der Gemeinde Wien 1968 im Budget der Bundesbahnen aufscheinen. Wegen der Schnellbahnstation Rennweg sei sie in ständiger Verbindung mit den Bundesbahnen, um eine Minimalplanung zu erreichen.

Ebenso steht sie mit dem Finanzminister in Verhandlungen, um für Wien eine Befreiung von der Beförderungssteuer zu erreichen.

Zur 5-Tage-Wache bei den Verkehrsbetrieben: Dieses Problem werde nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden, da seine Lösung mit dazu beitragen wird, die Nachwuchssorgen zu verringern.

Bei den Autobussen sei die Typenvereinfachung nahezu verwirklicht. Im Hinblick auf die Tarife der innerstädtischen Autobusse - nach der Erhöhung ist die Frequenz um 34 Prozent zurückgegangen - gab die Stadträtin zu, ~~das~~ man bei der Fortsetzung der neuen Fahrpreise keine gute Hand gehabthabe.

Zum Jubiläum der Verkehrsbetriebe im Mai 1968 : Man hoffe, daß die vorgesehenen Feiern nicht a la 360er-Einstellung vor sich gehen werden. Bei den Veranstaltungen werden auch Automobil-Ordtimer zu sehen sein.

Zur U-Bahn: Die Vorbereitungsarbeiten für die Strecken U 1 und U 2 seien bereits genehmigt. In jenen Gebieten, wo die Trassenführung außer Frage stehe, könne bald begonnen werden. Hingegen werde es nicht gelingen, die neuen Wohngebiete rasch verkehrsmäßig aufzuschließen.

Bei der Abstimmung wurde der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen.

Der Antrag über die Priorität der Verwendung von Erdgas für die Erzeugung von Stadtgas wurde einstimmig angenommen.

Die Vorsitzende, GR. Nora Hiltl unterbricht die Sitzung, die morgen Mittwoch, den 20. Dezember, im Anschluß an die Sitzung des Wiener Landtages fortgesetzt wird.

Auf der Tagesordnung des Wiener Landtages (Beginn 9 Uhr) stehen unter anderem eine Novelle des Gebrauchsabgabengesetzes 1966 und ergänzende Bestimmungen zur Wiener Bauordnung. Der Wiener Gemeinderat wird sich neben laufenden Angelegenheiten mit der Sozialen Wohnbauförderung der Stadt Wien (Wiener Wohnbaufonds) und der Wassergebührenordnung befassen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

19. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 3 S, Karotten 3.40 S bis 4 S, Kraut 3 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Wirtschaftsware 3 S bis 4 S, Tafelware 6 S bis 8 S, Bananen 8 S, Orangen 3.50 S bis 6.50 S je Kilogramm.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 19. Dezember
=====

19. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 13 Stück, hiervon 1 Fohlen, verkauft wurden als Schlachttiere 13 Stück.

Herkunft: Oberösterreich 5, Niederösterreich 8.

Notierungen: Schlachttiere Fohlen 15 S, 1. Qualität 8.70 bis 9, 2. Qualität 8 bis 8.50, 3. Qualität 5 bis 7,

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde ermäßigte sich um 91 Groschen.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 19. Dezember
=====

19. Dezember (RK) Neuzufuhren Inland 5.944. Ausland: Bulgarien 385, Ungarn 805, DDR 760, Summe 7.894, verkauft alles.

Preise extrem: 17 bis 17.80, 1. Qualität 16.20 bis 16.90, 2. Qualität 15.60 bis 16.10, 3. Qualität 14 bis 15.50, Zuchten extrem 12.60 bis 13, Zuchten 11.80 bis 12.50, Altschneider 9.50 bis 10.50. Ausländische Schweine: Bulgarien 14.80 bis 15.10, Ungarn 15.50 bis 16.50, DDR 15 bis 16.50.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 7 Groschen und beträgt nunmehr 15.91. Der Durchschnittspreis für bulgarische Schweine erhöhte sich um 3 Groschen und beträgt 14.99, für DDR-Schweine ermäßigte er sich um 11 Groschen und beträgt 15,63, für ungarische Schweine bleibt der Preis unverändert und beträgt 15.89. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine ermäßigte sich um drei Groschen und beträgt 15.61. Außermarktbezüge in der Zeit vom 15. bis 19. Dezember (ohne Direkteinbringungen in die Bezirke) 1.540 Stück.

- - -

Fichler's Maxi in Buchform
=====

19. Dezember (RK) Heute vormittag überreichte Stadträtin Dr. Maria Schaumayer, anlässlich ihrer Budgetrede den Mitgliedern des Wiener Gemeinderates die "gesammelten Werke" des aus der "Tramwaystory" her bekannten Maxi Fichler. Bekanntlich haben die Wiener Verkehrsbetriebe das ganze Jahr über in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften der Bundeshauptstadt mit dem humorvoll von Rolf Totter gestalteten kleinen Lauser um Verständnis und um Kunden geworben. Nun sind diese Schmunzelzeichnungen und ihre Verslein in Buchform erschienen und werden demnächst an den betriebseigenen Verkaufsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe zum Selbstkostenpreis abgegeben werden. Die erste Kostprobe durfte der Gemeinderat vornehmen. Man schmunzelte ...

- - -

Oberbürgermeister von Bombay im Rathaus
=====

19. Dezember (RK) Prominenten indischen Besuch begleitete heute vormittag Österreichs Botschafterin in Indien, Frau Dr. Nestor, ins Rathaus zu Bürgermeister Marek: den Oberbürgermeister der 5,5-Millionen-Stadt Bombay, Dr. J.L. D'Sousa.

Das indische Stadtoberhaupt, das gestern mit seiner Gattin nach Wien gekommen ist, hält sich für kurze Zeit in der österreichischen Bundeshauptstadt auf. Im Verlaufe des Gespräches würdigte D'Sousa besonders die Wiener Medizinische Schule, und zwar aus sehr fachmännischer Sicht: Er ist - ebenso wie seine Gattin - Doktor der Medizin.

In der Unterhaltung wies Bürgermeister Marek auch auf den vor dem Rathaus aufgestellten Weihnachtsbaum hin. Die Bedeutung des Baumes brauchte er seinem indischen Gast allerdings nicht zu erklären: Die Familie des Oberbürgermeisters ist nämlich katholisch.

- - -

Weihnachtssingen vor dem Rathaus
=====

19. Dezember (RK) Einer liebgewordenen Tradition folgend, sangen heute nachmittag Kinderfreunde-Hortkinder aus der Brigittenau vor dem im Glanze seiner tausend elektrischen Kerzen strahlenden Rathaus-Lichterbaum Weihnachtslieder. Senatsrat Dr. Kothbauer als Obmann der Wiener Kinderfreunde konnte neben Bürgermeister Bruno Marek, Stadträtin Gertrude Sandner, Magistratsdirektor Dr. Rudolf Ertl, Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer und Stadtschulratspräsident Dr. Max Neugebauer begrüßen. Der Bürgermeister dankte den Kindern für die vorgetragenen Lieder und bat sie, ihren Eltern die besten Wünsche der Stadtverwaltung zu übermitteln.

- - -

Stipendien aus dem Dr. Adolf Schärf-Fonds
=====

Bundespräsident Franz Jonas bei der Verleihungsfeier

19. Dezember (RK) In Anwesenheit von Bundespräsident Franz Jonas fand heute im Festsaal der Zentralsparkasse-Hauptanstalt zum achten Mal die Verleihung von Forschungsstipendien und Studienbeihilfen aus dem Dr. Adolf Schärf-Fonds zur Förderung der Wissenschaften statt. **A**cht Wissenschaftler und 15 Stipendiaten erhielten dabei Forschungsmittel aus dem anlässlich des 70. Geburtstages von Bundespräsident Dr. Schärf von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien gestifteten Fonds.

Generaldirektor Dr. Josef Neubauer konnte neben dem Bundespräsidenten auch Kulturstadträtin Gertrude Sandner und andere prominente Persönlichkeiten des öffentlichen und kulturellen Lebens begrüßen. Er wies darauf hin, daß der Fonds seit seinem Bestehen Forschungsbeiträge an 29 Wissenschaftler und 144 Stipendiaten sowie einen Forschungsauftrag vergeben habe. Insgesamt wurden dafür rund 1,3 Millionen Schilling aufgewendet.

Stadträtin Gertrude Sandner, die geschäftsführende Vorsitzende des Fonds, dankte den Mitgliedern des Kuratoriums, der Fachbeiräte und dem Sekretariat für die gewissenhafte Prüfung der zahlreich **e**ingegangenen Ansuchen.

Einer der Wissenschaftler, die Forschungsstipendien erhalten hatten, Dr. med. Franz Rubey, hielt den Festvortrag über das Thema "Die Entwicklung eines Perimeters für das Krankenbett". Die Feierstunde wurde musikalisch durch das Neue Wiener Streichquartett umrahmt.

- - -